



EINSTELLUNGEN ZU POLITIK, INSTITUTIONEN UND AKTEUREN IN BADEN-WÜRTTEMBERG



**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek

Das Fritz-Erler-Forum ist das Landesbüro Baden-Württemberg der Friedrich-Ebert-Stiftung und bietet politische Bildung, Beratung und Debattenforen im Bundesland an.

EINSTELLUNGEN ZU POLITIK, INSTITUTIONEN UND AKTEUREN IN BADEN-WÜRTTEMBERG



© Artalis/Shutterstock.de

Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung /
des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg

IMPRESSUM

ISBN 978-3-96250-834-0

Herausgegeben vom
Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Anja Dargatz
Werastraße 24
70182 Stuttgart

Verfasser
Dr. Nico A. Siegel, Roberto Heinrich

Durchführung der Auftragsstudie
Infratest dimap
Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH
Alt-Moabit 96a
10559 Berlin

Gestaltung
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Titelillustration
Corinna Hillebrand-Brem

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten
Ansichten sind nicht notwendigerweise die der
Friedrich-Ebert-Stiftung.

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2021
Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen
nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.
Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Inhalt

Vorbemerkung	6
Allgemeine wirtschaftliche Stimmung gut, persönliche wirtschaftliche Lage ebenfalls überwiegend positiv bewertet	7
Erwartungen an künftiges Wachstum gedämpft, wichtige Fragen zum Strukturwandel	9
Große Mehrheit: Ausmaß an Ungleichheit zu groß, Sorge um sozialen Zusammenhalt	11
Wichtigste Themen: Bildung vorne, Pandemiebekämpfung als Top-Aufgabe	14
Schule und Bildung: Personal geht vor Digitalisierung	16
Frühkindliche Bildung: mehr Plätze und bessere Qualität gewünscht	17
Priorisierung fällt in der Gesundheitspolitik schwer	19
Zusammenfassung: Baden-Württemberg im Herbst 2020	21
Abbildungsverzeichnis	22
Studieninformationen	23

Vorbemerkung

Soziale Gerechtigkeit, Bildung und Zukunft der Automobilindustrie – was haben diese drei Themen gemeinsam? Sie stehen ganz oben auf der Prioritätenliste der Baden-Württemberger_innen. Obwohl 85 Prozent der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut bis sehr gut einschätzen, sagen genauso viele, dass aus ihrer Sicht die soziale Ungleichheit in Deutschland mittlerweile zu groß ist. 35 Prozent machen sich sogar sehr große Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darüber hinaus sagen 84 Prozent der Menschen im historischen Automobil-Kernland, dass Baden-Württemberg zu sehr von der Automobilindustrie abhängt. Und welches ist daneben das vordringlichste Problem, das in Baden-Württemberg gelöst werden muss? Die eindeutige Rückmeldung der Befragten ist „Bildung“. Es wird deutlich: Auch im Musterländle sind diese bundesweiten Trends in den Köpfen der Menschen angekommen.

Im Herbst 2020 hat Infratest Dimap im Auftrag des Fritz-Erler-Forums eine repräsentative Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse in dieser Publikation zusammengefasst sind. Warum diese Umfrage zu diesem Moment? In Zeiten von Umbrüchen und Krisen – nicht nur bedingt durch die COVID-19-Pandemie – ändern sich Wahrnehmungen und Prioritäten in der Gesellschaft konstant. Gleichzeitig bewegen wir uns alle bewusst oder unbewusst in sich selbst bestätigenden Diskursräumen, während außerhalb dieser Blasen vielleicht ganz andere Debatten geführt werden. Deshalb ist es wichtig, regel-

mäßig innezuhalten und zu fragen: Was bewegt die Menschen? Welches sind ihre größten Sorgen? Was erwarten sie von der Politik?

Die im Folgenden dargestellten Daten beantworten diese Fragen. Es sind deshalb keine Wahrheiten, sondern Wahrnehmungen, die durch das jeweilige Umfeld der Befragten geprägt sind. Doch müssen gesellschaftspolitische Akteure diese Wahrnehmungen kennen und in ihren Entscheidungen berücksichtigen, damit sie nicht an den Menschen vorbei handeln. Das gilt genauso für politische Entscheidungsträger_innen wie für die politische Bildungsarbeit des Fritz-Erler-Forums selbst.

Die Publikation besteht aus drei Teilen: dem allgemeinen Überblick, den Sie in den Händen halten, und separaten Auswertungen zu zwei ausgewählten Themen, die bei der Umfrage als besonders relevant herausstachen: „Bildung“ und „Wirtschaft“.

Wir hoffen, dass diese Daten auch für Sie und Ihre gesellschaftspolitische Arbeit nützlich sind – oder Ihnen auch einfach einen interessanten Einblick geben, was die Menschen in Baden-Württemberg bewegt.

Anja Dargatz

Leiterin des Fritz-Erler-Forums, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg
Februar, 2021

Allgemeine wirtschaftliche Stimmung gut, persönliche wirtschaftliche Lage ebenfalls überwiegend positiv bewertet

Baden-Württemberg steht gut da. Ganz gleich, ob man wirtschaftliche Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt heranzieht, die Arbeitslosenquote oder Indikatoren der objektiven oder subjektiven Lebensqualität: Im Bundesländervergleich rangiert das Ländle bei vielen Indikatoren wirtschaftlicher Performanz weit vorne und gilt nicht wenigen Betrachter_innen als attraktives Bundesland. Dies zeigt sich auch in der Entwicklung der Einwohner_innenzahl. Während in den östlichen Bundesländern, aber auch in strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer, die Politik mit verschiedenen Problemen schrumpfender Städte und Gemeinden kämpft, lebten in Baden-Württemberg am Ende des Jahres 2019 rund 500.000 Ein-

wohner_innen mehr als noch 2012. Die Wirtschaftsregion um Stuttgart zählt zu den leistungsstärksten in der EU. Aber auch in ländlichen Regionen sind „hidden champions“ beheimatet, tragen überwiegend mittelständische Betriebe zu hoher Beschäftigung und Prosperität bei.

Insofern überrascht es nicht, dass 69 Prozent die wirtschaftliche Lage im Bundesland als gut oder sehr gut einstufen. Auch die persönliche wirtschaftliche Situation wird überwiegend positiv gesehen, und zwar keineswegs nur von denen, die gut ausgebildet sind und über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen.

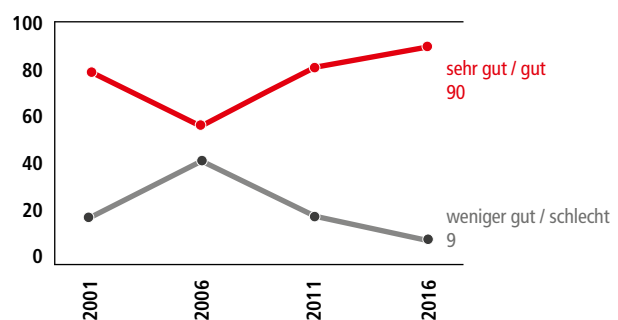
Abbildung 1
Aktuelle wirtschaftliche Lage Zeitverlauf

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Baden-Württemberg?

seit 2019



seit 2001

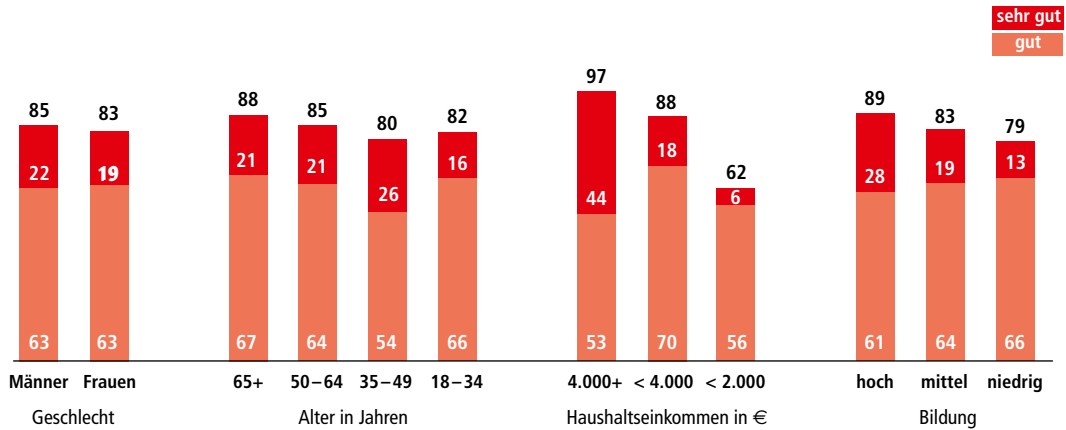


Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland / Werte in Prozent / fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Abbildung 2
Persönliche Wirtschaftslage

Wenn Sie jetzt an Ihre wirtschaftliche Situation denken, ist Ihre persönliche wirtschaftliche Situation ...?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland / Werte in Prozent / fehlende Werte zu 100 Prozent: weniger gut / schlecht / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Eine Mehrzahl im Land (76 Prozent) sieht sich eher auf der Gewinner- als der Verliererseite gesellschaftlicher Entwicklungen. Allerdings ist nicht zu übersehen: Die Menschen im Lande sind sensibilisiert für die Folgen des Wachstums wie steigende Immobilien- und Mietpreise,

auch für Fragen der Verkehrsinfrastruktur sowie Umwelt und Klima. Und obwohl die Mehrheit im Land eher zuversichtlich in die Zukunft blickt, trübt sich die wirtschaftliche Stimmung ein.

Erwartungen an künftiges Wachstum gedämpft, wichtige Fragen zum Strukturwandel

Die wirtschaftliche Lage im Land ist noch gut, darüber herrscht weitgehend Einigkeit unter den Menschen. Der Blick in die nähere Zukunft fällt allerdings nur bedingt optimistisch aus. Nur jede Fünfte im Land glaubt, dass die wirtschaftliche Lage in einem Jahr besser sein wird. Dass die lange Schönwetterphase der Wirtschaft in Baden-Württemberg zumindest gebremst wird oder sich vermehrt dunkle Wolken abzeichnen, das glaubt eine deutliche Mehrheit. Jeweils knapp 40 Prozent gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Situation in einem Jahr genauso sein wird wie aktuell, oder aber, dass sie sich verschlechtert.

Die eingetrübte Stimmung beim Blick auf die ökonomischen Potenziale ist nicht ausschließlich auf die schwierige konjunkturelle Lage im Zuge der Corona-Pandemie zurückzuführen. Auch offene Fragen des Strukturwandels tragen hierzu bei. Mehr als 80 Prozent sehen eine zu große Abhängigkeit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von der Automobilindustrie im Land. Ungefähr ein gleich hoher Anteil spricht sich für höhere Investitionen in Bildung und Infrastruktur aus – und zwar auch dann, wenn dies mit der haushaltspolitischen Konsequenz einer höheren Verschuldung der öffentlichen Hand einhergeht.

Abbildung 3
Wirtschaftliche Aussichten

Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage in Baden-Württemberg in einem Jahr sein?

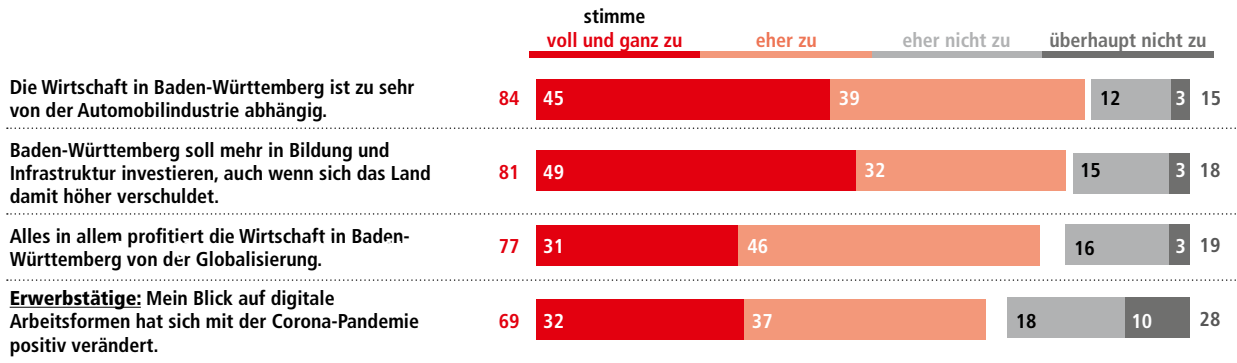


Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland / Werte in Prozent / fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Abbildung 4
Aussagen zur wirtschaftlichen Situation in Baden-Württemberg

Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Wirtschaft in Baden-Württemberg zu?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent / fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe

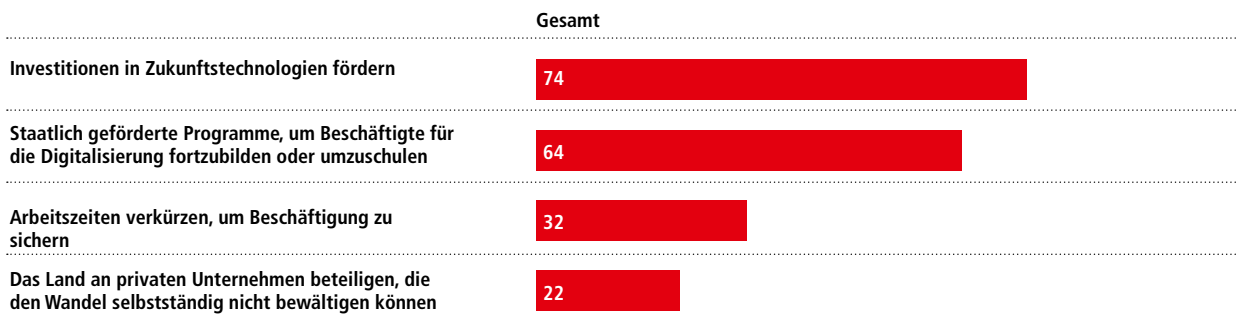
© infratest dimap

Wie sollte die Politik auf die strukturellen Veränderungen reagieren? Wo sollten Schwerpunkte liegen? Zwei Aspekte werden von den Befragten in den Vordergrund geschoben: Einerseits die Förderung von Investitionen in Zu-

kunftstechnologien, andererseits staatlich unterstützte Fortbildungsprogramme für das Humankapital. Arbeitszeitverkürzungen oder aber der Einstieg des Staates in Unternehmen stehen eher hinten an.

Abbildung 5
Ausrichtung Strukturpolitik

Derzeit wird viel über den Strukturwandel der Wirtschaft in Baden-Württemberg diskutiert. Wenn Sie an die künftige Wirtschaftspolitik der Landesregierung in Baden-Württemberg denken, welche der folgenden Maßnahmen ist für Sie am wichtigsten, welche am zweitwichtigsten?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent

© infratest dimap

Große Mehrheit: Ausmaß an Ungleichheit zu groß, Sorge um sozialen Zusammenhalt

Verschiedene Studien haben in den vergangenen Jahren aufgezeigt, dass in der Bevölkerung Unmut über die Verteilung der „Wachstumsdividende“ der 2010er-Jahre herrscht. Dieser Befund ist nicht neu. Dass er sich auf Basis robuster empirischer Erhebungen so deutlich abzeichnet, ist nichtsdestotrotz bemerkenswert. So waren bei der Bundestagswahl 2013 73 Prozent der Wahlberechtigten der Meinung, sie selbst würden nicht vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren. Vier Jahre später waren knapp 80 Prozent der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl der Ansicht, der Wohlstand in Deutschland sei nicht gerecht verteilt.¹

Auch in unserer aktuellen Studie herrscht ein breiter Konsens, 84 Prozent der Studienteilnehmer_innen sagen, die soziale Ungleichheit in Deutschland sei mittlerweile zu

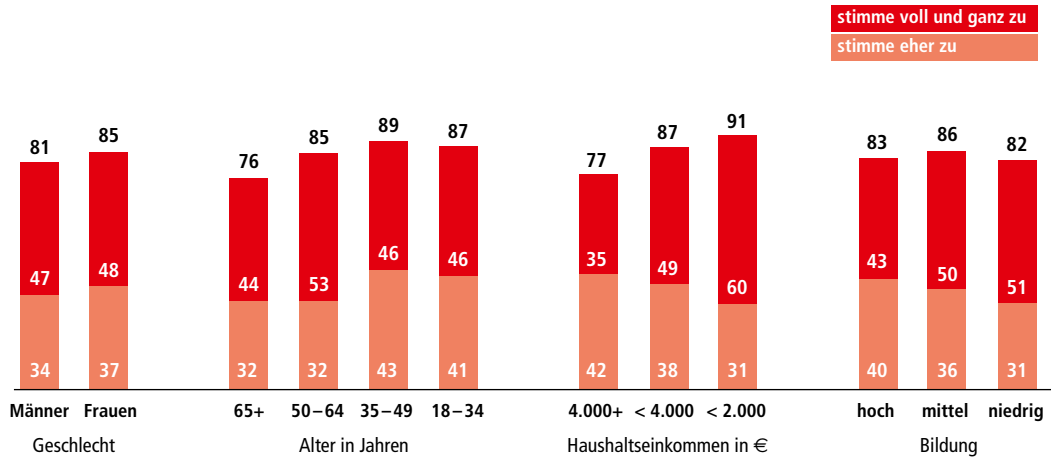
groß. Über sämtliche Bevölkerungsgruppen hinweg dominiert diese Wahrnehmung eines verteilungspolitischen Problems, das nicht nur aus der Sicht der Bürger_innen ein ungelöstes bleibt. Studien aus dem DIW-SOEP zeigen: Die oberen zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland verfügen über gut zwei Drittel des gesamten individuellen Nettovermögens, das reichste Prozent vereint rund 35 Prozent des gesamten Vermögens auf sich.² Die „nivellierte Mittelschichtsgesellschaft“, die der Bundesrepublik aufgrund verschiedener Institutionen und Prozesse im Modell Deutschland über viele Jahrzehnte zugeschrieben wurde, hat in der Wahrnehmung des Soveräns schon länger spürbare Risse, wachsende soziale Ungleichheiten werden wahrgenommen und als Handlungsbedarf für die politischen Akteurinnen und Akteure im Land definiert.

¹ Quellen sind jeweils die ARD/infratest dimap-Vorwählerhebungen für die ARD.

² DIW Wochenbericht 29/2020, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Abbildung 6
Soziale Ungleichheit in Deutschland ist mittlerweile zu groß

*Wie stehen Sie zur Aussage: „Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist mittlerweile zu groß.“
 Stimmen Sie dieser Aussage ...?*



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland / Werte in Prozent / fehlende Werte zu 100 Prozent: stimme eher nicht zu / stimme überhaupt nicht zu / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Abbildung 7
Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt

Machen Sie sich um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ...?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland / Werte in Prozent / fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Hierzu passt auch ein zweiter wesentlicher Befund der aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Rund ein Drittel im Land macht sich große Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, 57 Prozent zumindest einige Sorgen. Lediglich eine kleine Minderheit von acht Prozent sieht in diesem Bereich keinen Anlass zur Sorge. Soziale Kohäsion und soziale Ungleichheit definieren damit am Ende einer langen Phase der wirtschaftlichen Prosperität zentrale Herausforderungen für die Politik, auch in Baden-Württemberg. Angesichts der wichtigen

ungeklärten Fragen zu den Folgen des künftigen Strukturwandels der Wirtschaft, allen voran in der Automobilwirtschaft, ist hier ein wesentliches Zukunftsthema in der Wahrnehmung breiter Bevölkerungsschichten gesetzt. Wie soll in Zeiten nachlassender wirtschaftlicher Wachstumsdynamik, verbunden mit rückläufigen Beschäftigungspotenzialen im Automobilsektor, dem Rückgrat der baden-württembergischen Industrie, der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft gesichert werden?

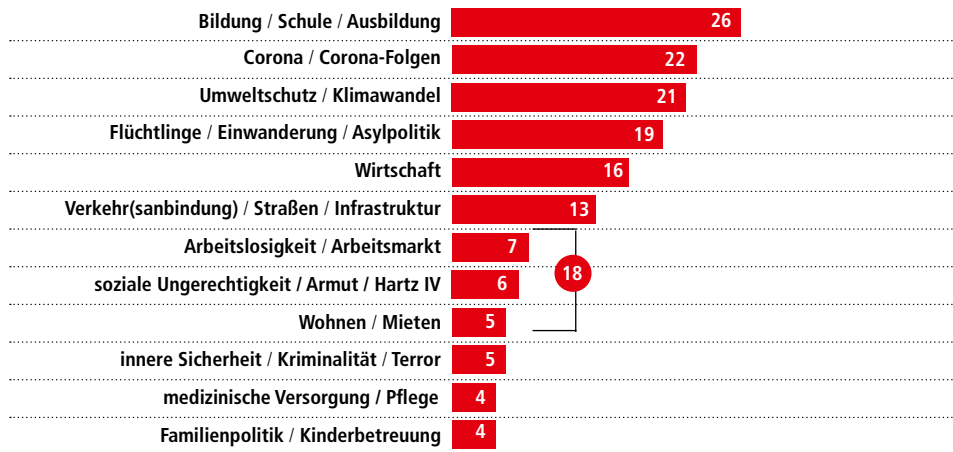
Wichtigste Themen: Bildung vorne, Pandemiebekämpfung als Top-Aufgabe

Der bestehende Unmut an einer wachsenden sozialen Ungleichheit und die Sorge um den sozialen Zusammenhalt hinterlassen Spuren in der Wahrnehmung der anstehenden landespolitischen Aufgaben. Ungeachtet der guten Konjunktur des letzten Jahrzehnts sieht alles in allem etwa jeder sechste Baden-Württemberger bei sozialen Themen wie Arbeitslosigkeit, sozialer Ungerechtigkeit und bezahlbarem Wohnen aktuell die größten Herausforderungen für die Politik im Bundesland. Damit fordern auf sozialen Themenfeldern aktuell nicht wesentlich weniger Wahlberechtigte von der Landespolitik ein politisches Handeln ein als bei Themen, die die gesellschaftspolitischen Debatten in den letzten Jahren besonders prägten und bis heute prägen, wie z. B. die Zuwanderungs- und Integrationspolitik (19 Prozent) oder aber dem Umwelt- und Klimaschutz (21 Prozent).

Bestimmendes landespolitisches Thema aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger aber bleibt auch in Baden-Württemberg die Schul- und Bildungspolitik. Gut jeder Vierte (26 Prozent) sieht die Landespolitik in der Pflicht, für überzeugendere bildungspolitische Angebote zu sorgen. Vor einem Jahr noch völlig undenkbar: die Bekämpfung einer Krankheit als wichtige politische Aufgabe. In der zweiten Septemberhälfte und damit vor Beginn der neuerlich steigenden Infektionszahlen benannte in Baden-Württemberg immerhin jeder Fünfte (22 Prozent) den Umgang mit Corona als die politische Herausforderung dieser Tage. Die befragten Gruppen aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alterskohorte und Bildungsabschluss) priorisieren dabei vergleichbar. Wenn Unterschiede auftauchen, sind sie nicht signifikant.

Abbildung 8
Wichtigste Themen

Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Baden-Württemberg, das vordringlich gelöst werden muss? Und welches ist das zweitwichtigste?

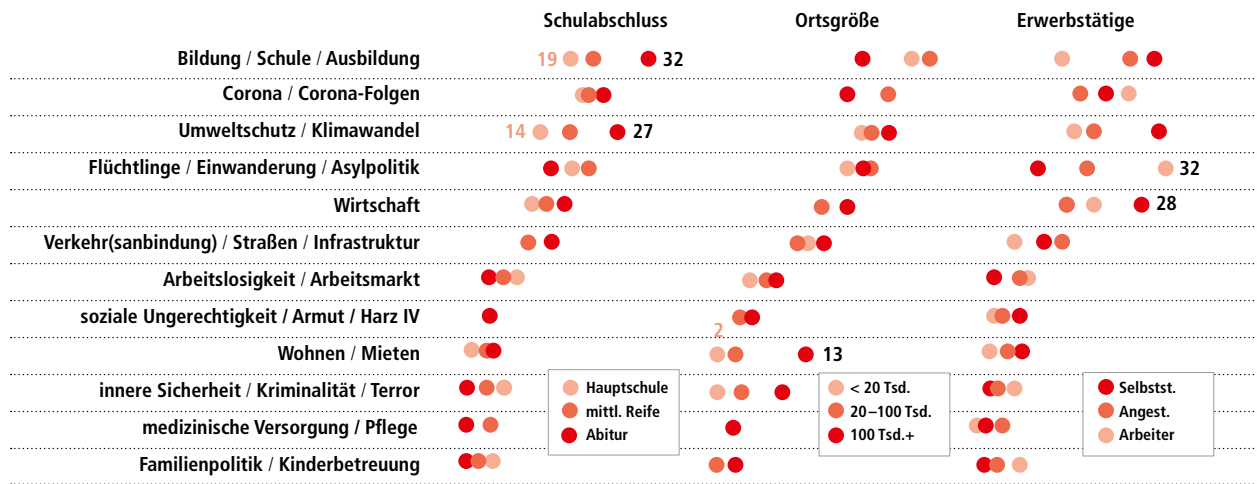


Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent

© infratest dimap

Abbildung 9
Wichtigste Themen

Welches ist Ihrer Meinung nach das wichtigste politische Problem in Baden-Württemberg, das vordringlich gelöst werden muss? Und welches ist das zweitwichtigste?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent

© infratest dimap

Die Sicht auf vorrangige gesellschaftliche Herausforderungen und politische Probleme ist zwischen den sozialen Milieus naturgemäß nicht deckungsgleich: Bürger_innen mit höherer Schulausbildung benennen Bildungsthemen (32 Prozent) und den Umwelt- und Klimaschutz (27 Prozent) besonders häufig als Herausforderungen für die Landespolitik. Wohn- und Mietfragen besitzen für Großstadtbevohner_innen (13 Prozent) erwartungsgemäß einen höheren Stellenwert als für Bürger_innen, die ihren Wohnort in kleineren ländlichen Gemeinden (2 Prozent) haben. Selbstständige sorgen sich erwartungsgemäß im

Herbst 2020 besonders stark um die Situation der Wirtschaft (28 Prozent). Arbeiter_innen wiederum identifizieren überdurchschnittlich häufig Probleme bei der Zuwanderung und der Integration von Flüchtlingen (32 Prozent). Mit Bildung, Corona, Umweltschutz, Zuwanderung und Wirtschaft sowie zusammengefasst den sozialpolitischen Themenfeldern Arbeitslosigkeit, Ungerechtigkeit und Wohnen setzen letztlich aber weitgehend alle relevanten Bevölkerungssegmente dieselben Aufgaben ganz oben auf die landespolitische Tagesordnung.

Schule und Bildung: Personal geht vor Digitalisierung

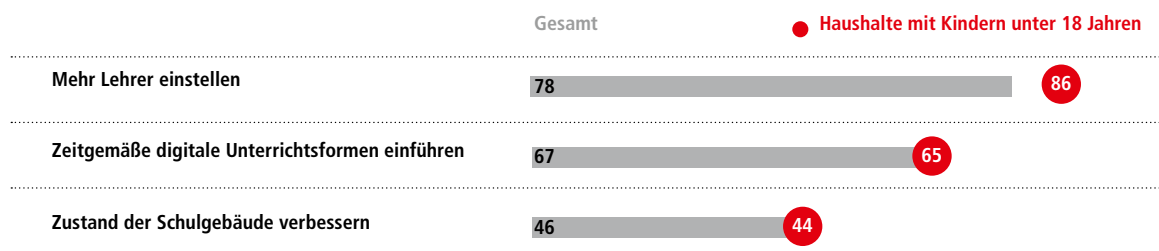
Mit COVID-19 haben wie unter einem Brennglas Missstände und Defizite auf vielen Gesellschaftsfeldern an Sichtbarkeit gewonnen. Frühzeitig rückten im Frühjahrs-Lockdown die Schulen und Defizite bei der digitalen Wissensvermittlung in den Blickpunkt. Tatsächlich aber stellen die Wahlberechtigten in allen Bundesländern der Schulpolitik schon seit vielen Jahren nur ein mäßiges Zeugnis aus. Zugleich bewegten Bildungsthemen die Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern bereits vor Ausbruch der Pandemie.

Wo sollte also aus Sicht der Bürger_innen in der Politik am ehesten angesetzt werden? Politik operiert auch auf

dem Feld von Schule und Bildung unter Bedingungen von Ressourcenknappheit und Priorisierungsdruck. Aufgefordert, sich für die künftige Schulpolitik zwischen mehr Schulpersonal, verbesserten digitalen Unterrichtsformen oder stärkeren Gebäudeinvestitionen zu entscheiden, fällt das Urteil in Baden-Württemberg eindeutig aus. Unabhängig, ob Kinder im Haushalt leben oder nicht, ob man auf dem Dorf oder in der Großstadt wohnt: Die Schaffung von Lehrer_innenstellen wird in Baden-Württemberg klar priorisiert. Die Einführung neuer digitaler Schulformate folgt auf Rang zwei. Die Verbesserung der baulichen „Hardware“ hat demgegenüber für die Bürgerinnen und Bürger im Ländle nur einen nachrangigen Stellenwert.

Abbildung 10
Ausrichtung Schulpolitik

Und nun geht es um das Thema Schule: Welches der folgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der Schulpolitik in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / in Prozent / fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Frühkindliche Bildung: mehr Plätze und bessere Qualität gewünscht

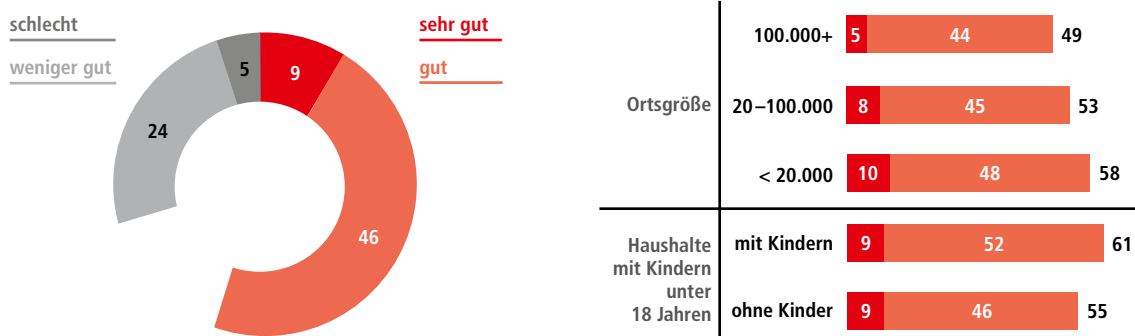
Neben den Schulen erhielten im Zuge der Corona-Pandemie die Kitas und die frühkindliche Betreuung gesteigerte Aufmerksamkeit. Thematisiert wurden in diesem Zusammenhang die Beschäftigungsverhältnisse in den Einrichtungen, die Belastungen für die Familien, die Folgen für die partnerschaftliche Arbeitsteilung, die Erwerbsquoten der Frauen und natürlich nicht zuletzt mögliche Beeinträchtigungen für die Entwicklung der Kinder.

Die frühkindliche Betreuung ist unabhängig von der aktuellen Situation in der Bundesrepublik seit vielen Jahren ein Thema. Und dies durchaus im positiven Sinne. Spä-

testens mit der Einführung des Rechts auf einen Krippenplatz ist auf diesem lange Zeit vernachlässigten Feld einiges in Bewegung geraten. Die Situation in der frühkindlichen Betreuung läuft den Erwartungen von Eltern wie Bildungsexpert_innen dennoch vielfach deutlich hinterher. Im Vergleich der Bundesländer werden Baden-Württemberg zwar gute Ergebnisse bezüglich der Betreuungsqualität, beim Personalschlüssel und der Größe der Kindergruppen bescheinigt.³ Zugleich bleibt im Ländle aber wie in allen westdeutschen Bundesländern das bestehende Angebot an Kitaplätzen hinter der Nachfrage weiterhin deutlich zurück.⁴

Abbildung 11
Bewertung frühkindliche Bildung

Wenn Sie einmal an die frühkindliche Betreuung von Kindern in Baden-Württemberg denken, also die Betreuung von Kindern in Kindergärten, Kitas oder in Tagespflege: Ist das Betreuungsangebot in Baden-Württemberg aus Ihrer Sicht ...?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent / fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

³ Bertelsmann-Stiftung 2020: Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme.

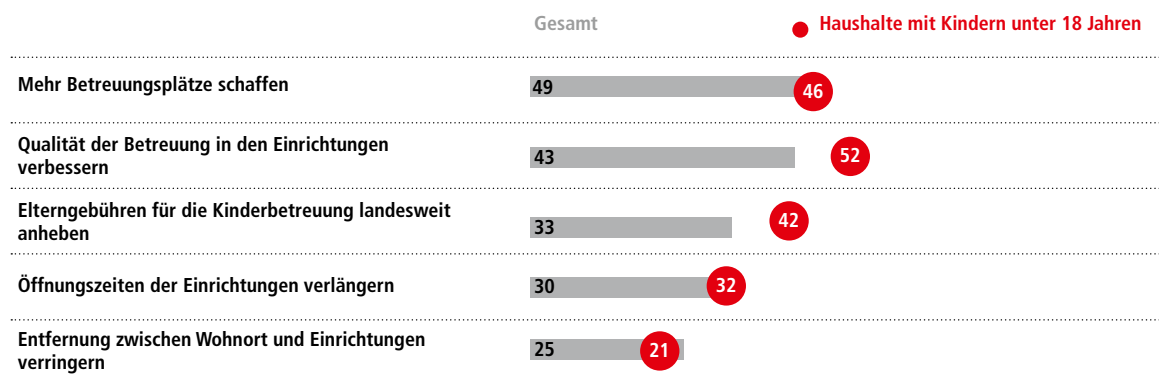
⁴ IW-Kurzbericht Okt. 2020: Kinderbetreuung. In Deutschland fehlen immer mehr Betreuungsplätze.

Immerhin fällt die Sicht der Baden-Württemberger_innen auf die Kitabetreuung im Land nicht so dramatisch aus wie in der Schulpolitik. Die Landesexekutive erntet mit ihren Anstrengungen bei der Kinderbetreuung in Kindergärten und Kitas etwa gleich viel Zuspruch wie Ablehnung. Die frühkindliche Betreuung im Bundesland wird eher positiv als negativ bewertet. Und zwar auch von denjenigen, die Kinder bei sich im Haushalt haben. Es gibt aber ein deutliches Gefälle innerhalb des Landes. Die Zufriedenheit in den größeren Städten fällt geringer aus als auf dem Land.

Wo sollte die Landespolitik bei der frühkindlichen Betreuung künftig ihre Schwerpunkte setzen? Ganz oben auf der Prioritätenliste der Baden-Württemberger_innen stehen die Erweiterung des Angebots an Plätzen und eine verbesserte Betreuungsqualität. Die finanzielle Entlastung der Familien hat demgegenüber einen geringeren Stellenwert, ebenso wie flexiblere Öffnungszeiten oder aber ein Angebot in Wohnortnähe. Der Blick der Eltern mit Kindern fällt nicht wesentlich anders aus. Sie wissen die persönlichen Vorteile einer kostenfreien Kinderbetreuung zwar durchaus zu schätzen. Die Schaffung von mehr Betreuungsplätzen, noch mehr aber eine verbesserte Betreuungsqualität, ist den Eltern letztlich aber nochmals wichtiger.

Abbildung 12
Ausrichtung frühkindliche Betreuung

Welches der folgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der frühkindlichen Betreuung in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent / fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

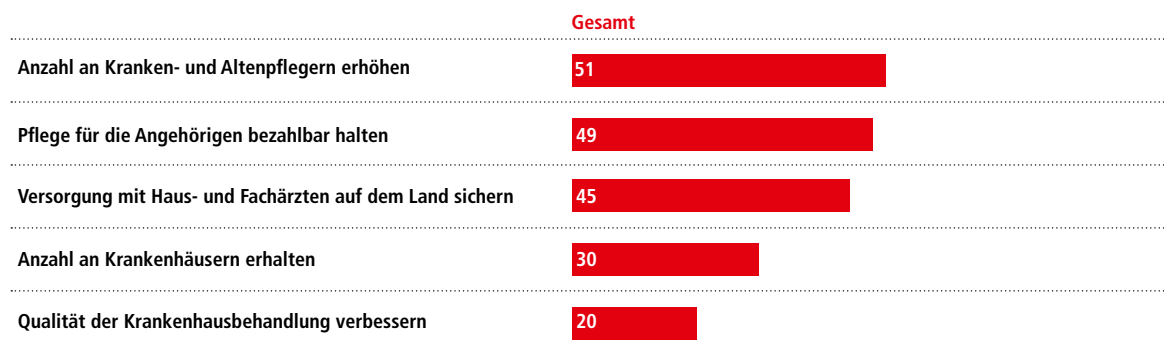
Priorisierung fällt in der Gesundheitspolitik schwer

Das Gemeinschaftsgut der öffentlichen Gesundheit hat in diesen Tagen im Bund wie in den Bundesländern einen Stellenwert wie nie zuvor, auch wenn die aktuelle Pandemiebekämpfung diesen Aspekt in den Hintergrund zu drängen scheint. Es geht auch auf dem Feld der Gesundheitspolitik nicht zuletzt immer um die Frage: Wie gehen wir mit knappen Ressourcen um? Die Sicht der Baden-Württemberger_innen zu den künftigen gesundheitspolitischen Schwerpunkten der Landespolitik verweist dabei auf die wahrscheinlich besondere Spezifik dieses Politikfelds. Es fällt in der Gesundheitspolitik enorm schwer zu priorisieren, sich für die eine und gegen die

andere Maßnahme zu entscheiden. Die Sicht der Baden-Württemberger_innen auf fünf Maßnahmebündel ist eindeutig uneindeutig. Bei ihren Priorisierungswünschen für die Gesundheitspolitik im Bundesland liegen gleich drei unterschiedliche Maßnahmen mehr oder minder gleichauf: die Anhebung der Beschäftigtenzahl in der Kranken- und Altenpflege, die Begrenzung der finanziellen Lasten bei der Pflege von Angehörigen sowie die Versorgung mit Haus- und Fachärzt_innen in der Fläche. Der Erhalt von Krankenhäusern oder aber Qualitätsverbesserungen in der Krankenhausbehandlung stehen im Vergleich hierzu deutlich hinten an.

Abbildung 13
Ausrichtung Gesundheitspolitik

Kommen wir zum Thema Gesundheit und Pflege: Welches der nachfolgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?

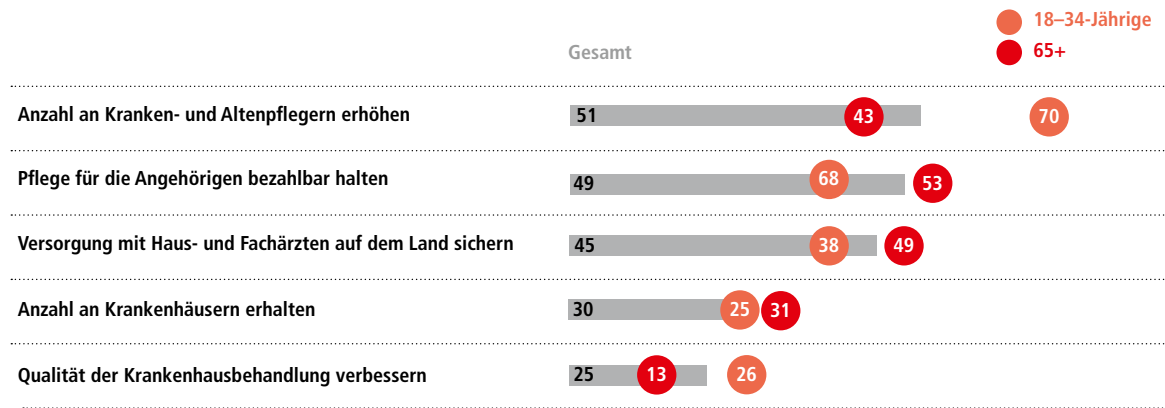


Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent / fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Abbildung 14
Ausrichtung Gesundheitspolitik

Kommen wir zum Thema Gesundheit und Pflege: Welches der nachfolgenden Dinge ist aus Ihrer Sicht für die künftige Ausrichtung der Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg am wichtigsten? Und welches ist am zweitwichtigsten?



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Baden-Württemberg / Werte in Prozent / fehlende Werte: nichts davon / anderes / weiß nicht / keine Angabe

© infratest dimap

Eine weitere Herausforderung für die Gesundheitspolitik, zumal in einer alternden Gesellschaft: Die Schwerpunktsetzung der Generationen ist – nicht zuletzt wegen der altersspezifischen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen – keineswegs identisch. Eine bessere personelle Ausstattung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ist 2020 zwar Alten wie Jungen wichtig. Ein Mehr an Beschäftigten im Gesundheitssystem hat in Baden-Württemberg für die unter 35-Jährigen (70 Prozent)

allerdings einen deutlich größeren Stellenwert als für die über 65-Jährigen (43 Prozent). Dem konkreten Bedarf älterer Bürger_innen scheinen stattdessen eine flächendeckende Fachärzt_innenversorgung sowie eine finanziell stemmbare Pflege von Angehörigen eher zu entsprechen. Eine Gesundheitspolitik, die hierauf künftig ihr Augenmerk legt, wünscht sich für das Bundesland jeweils die Hälfte der 65-Jährigen. Bei den unter 35-Jährigen sind es dagegen etwa vier von zehn.

Zusammenfassung: Baden-Württemberg im Herbst 2020

Baden-Württemberg im Herbst 2020. Aus Sicht seiner Bürgerinnen und Bürgern ein Land, dem es wirtschaftlich gut geht und in dem es auch den Bürger_innen laut eigenem Empfinden finanziell gut geht. Es ist ein Land, in dem die Politik – wenngleich nicht auf allen Feldern – durchaus zu überzeugen weiß, allen voran der sehr populäre Grünen-Ministerpräsident. Es ist aber auch ein Land, in dem bei den Bürger_innen Zweifel bestehen, ob sich die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte so ohne Weiteres fortschreiben lassen wird, nicht nur wegen der aktuellen Pandemie, sondern auch wegen eines sich bereits längerfristig andeutenden wirt-

schaftlichen Strukturwandels, der noch einmal an Fahrt gewinnen dürfte. Und es ist ein Land, in dem trotz des anhaltenden Wohlstandes Unmut besteht über eine wachsende soziale Ungleichheit und einen schwindenden sozialen Zusammenhalt. Dies ist keine Besonderheit Baden-Württembergs. Aber es ist ein Aspekt, der nicht nur im Ländle durch die Debatten der letzten Jahre etwas aus dem Blick geraten zu sein scheint.

Dr. Nico A. Siegel
Roberto Heinrich

Abbildungsverzeichnis

- 7 Abbildung 1
Aktuelle wirtschaftliche Lage Zeitverlauf
- 8 Abbildung 2
Persönliche Wirtschaftslage
- 9 Abbildung 3
Wirtschaftliche Aussichten
- 10 Abbildung 4
Aussagen zur wirtschaftlichen Lage in Baden-Württemberg
- 10 Abbildung 5
Ausrichtung Strukturpolitik
- 12 Abbildung 6
Soziale Ungleichheit in Deutschland ist mittlerweile zu groß
- 12 Abbildung 7
Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt
- 14 Abbildung 8
Wichtigste Themen
- 15 Abbildung 9
Wichtigste Themen
- 16 Abbildung 10
Ausrichtung Schulpolitik
- 17 Abbildung 11
Bewertung frühkindliche Bildung
- 18 Abbildung 12
Ausrichtung frühkindliche Betreuung
- 19 Abbildung 13
Ausrichtung Gesundheitspolitik
- 20 Abbildung 14
Ausrichtung Gesundheitspolitik

Studieninformationen

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Baden-Württemberg
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI), Dual Frame
Erhebungszeitraum	14. bis 25. September 2020
Fallzahl	1.500 Befragte
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen
Schwankungsbreite	1,1* bis 2,5** Prozentpunkte *bei einem Anteilswert von 5 % **bei einem Anteilswert von 50 %
Ansprechpartner	Nico A. Siegel, Roberto Heinrich, Jasmin Pfaudler
Kontakt:	Berlin 030 53322-0, Bonn 0228 32969-3 indi@infratest-dimap.de

© infratest dimap

ISBN 974-3-96250-834-0

